

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich. Abdruck: Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Die Wilsdruffer Nachrichten sind ein unabhängiges Organ der Arbeiterbewegung. Im Falle plötzlicher Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Nachdruck ohne schriftliche Erlaubnis ist strafbar, wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt.



Anzeigenpreise: Die 4-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltige Raumzeile im zeitlichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungspreis für 20 Goldpfennig. Die 4-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltige Raumzeile im zeitlichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungspreis für 20 Goldpfennig. Die 4-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 2-spaltige Raumzeile im zeitlichen Teil 100 Goldpfennig. Nachweisungspreis für 20 Goldpfennig.

Nr. 243. — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach Dresden 2640 Sonnabend, den 16. Oktober 1926

Schatten.

Das Wort „Massenmord“ will schon gar nicht mehr aus den Spalten der Tageszeitungen verschwinden. Es braucht nicht gleich ein Fall Haarmann zu sein, um die Anwendung dieses schreckenerregenden Ausdrucks zu rechtfertigen. Er ist auch dann schon ganz und gar am Platze, wenn ein verzweifelter Vater, wie es leider nur zu oft jetzt vorkommt, aus diesen oder aus jenen Beweggründen Frau und Kinder umbringt und sich hinterher gleich mit eigener Hand jeder irdischen Verantwortung entzieht. Oder wenn umgekehrt ein misstrauender Bengel die Hand erhebt gegen Eltern und Geschwister und seine junge Seele mit freventlich vergossenen Blut besudelt.

Das tollste Stück auf diesem dunklen Gebiet ist uns aber doch wohl erst in diesen allerschlimmsten Tagen begegnet. Ein fünfzehnjähriger Knabe bringet in eine fremde Wohnung ein und schießt dort drei Menschen über den Haufen, stüchelt nach vollkommener Tat Hals über Kopf in den finsternen Wald und sucht schließlich mit der unerschütterlichen Miene von der Welt in einem Försterhaus eine saubere Tode zu erheischen, um nicht in seinem mit Blut besudelten Anzug schon von dem ersten Menschen, dem er begegnet, nach bekanntgewordener Tat als Mörder festgehalten zu werden. Hier werden, muß man wohl sagen, auch die künftigen Menschenkinder an dem Versuch, in die Abgründe dieser Knabenseele hineinzuleuchten, elend scheitern müssen. Gewiß liegt es nahe, zu vermuten, daß man es in diesem Fall wieder einmal mit krankhafter Veranlagung zu tun hat, und es wurde auch schon berichtet, daß der jugendliche Mörder schon einmal auf seinen Geisteszustand untersucht worden sei. Aber kann selbst die Bejahung dieser Frage über die Ungeheuerlichkeit der Tat hinweghelfen, eines dreifachen Mordes, begangen durch ein so junges Menschenwesen, das zudem von einer jählich liebenden Mutter, wie es scheint, nach Möglichkeit behütet worden ist? Man wird bei dem Versuch, dieses Seelenrätsel zu lösen, schwerlich an den vielen jammervollen Feiterscheinungen vorbeigehen dürfen, denen unsere Jugend allenthalben, nicht immer mehr bloß in den Großstädten, ausgegesetzt ist. Es gibt da sehr viel zu prüfen und zu beratschlagen, worüber sich die zahllosen Vereine und Gesellschaften, die wir haben, eher den Kopf zerbrechen sollten als über so mancherlei Probleme, denen jetzt mit gewaltigem Aufwand an Arbeit und Kosten auf Kongressen und Tagungen aller Art unermüdlich nachgegangen wird.

Jedenfalls steht uns für den nächsten Monat wieder ein großer Mordprozess in Aussicht, ein Prozess vor dem Jugendgerichtshof, neben der Aburteilung der beiden Abtäter von Leiferde, über die gleichfalls der Jugendrichter zu entscheiden haben wird. Die sittlichen Zustände in Deutschland werden damit vor dem Ausland in eine schlimme Belichtung gerückt werden, was an sich gewiß sehr zu beklagen ist; was aber doch auf der anderen Seite vielleicht dazu beitragen wird, die weit übertriebenen Vorstellungen, die man sich dort von der Höhe und dem Grade unserer Wiederaufstiegs gebildet hat, auf das richtige Maß zurückzuführen. Wenn man schon der Meinung ist, daß hierzulande trotz Krieg und Umwälzung wieder viel Licht zu finden sei, so soll man sich doch auch der Erkenntnis nicht verschließen, daß daneben, wie überall sonst in der Welt, auch viel Schatten einherläuft.

In diesem Zusammenhang müßten auch die vielen Tünze, welche die Kommunisten im Preussischen Landtage aufzuziehen, größere Beachtung verdienen, als man ihnen jenseits unserer Grenzen im allgemeinen zuwendet. England, das durch und durch mächtigere England, das in den öffentlichen Körperlichkeiten kommunistische Vertreter bisher nur in ganz vereinzelten Exemplaren aufzuweisen hat, lernt ja jetzt auch diese Richtung und ihre Kampfesweise gründlich genug kennen. Wir haben in unserer preussischen Landtage einen kommunistischen Vortrupp von rund 3½ Dutzend Köpfen, die, wenn sie natürlich auch eine an sich schwache Minderheit darstellen, doch mit aller Lungenkraft die allgemeine Aufmerksamkeit unausgesetzt auf sich zu lenken verstehen. Wie dabei verfahren wird, hat dieser Tage das Beispiel eines schlesischen Abgeordneten gezeigt, der über einen sozialdemokratischen „Kollegen“ herfiel und, schlimmer noch, die Gattin des Kollegen, eine deutsche Frau und Mutter, durch Zurschneidung der Kehle in den Tod zu jenseits brachte. Er ist dafür von zwei Söhnen der also beleidigten verurteilt worden. Diesmal gibt der Versuch, die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem Hohenzollernhause durch einen Vergleich aus der Welt zu schaffen, den Kommunisten Anlaß, das äußerste zu wagen. Die bürgerlichen Parteien hatten sich von der Einigung über diesen Vergleich eine Entgiftung der öffentlichen Meinung versprochen, und ebenso wollte man den sich vorfindig, ganz vorsichtig andahnenden Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in die preussische Regierung als den ersten Schritt zum Beginn einer Milderung der politischen Gegensätze zunächst wenigstens in Preußen begrüßen. Aber es wird, wie man sieht, schon dafür gesorgt, daß ausstrebende Hoffnungen nicht in den Sinnen wachsen. Ein Mittel, endlich für Beruhigung und Entgiftung im Lande zu sorgen, ist leider noch nicht gefunden worden.

Annahme des Hohenzollern-Vergleichs.

Das Preussenparlament genehmigt das Hohenzollernabkommen.

(21. Sitzung.) u. Berlin, 15. Oktober.

Da man für die heutige dritte Lesung der Hohenzollernvorlage im Preussischen Landtage unter Umständen Störungen oder Unruhen infolge kommunistischer Obstruktion in Betracht zog, waren vor Beginn der Beratungen Sicherheitsvorkehrungen in weitem Umfange polizeilich abgeschlossen; in der Straßenvor dem Landtagsgebäude steht ein großes Schutzmannschaftsgeböl. Polizeioffiziere patrouillieren auf beiden Seiten der Straße auf und ab. Plakate an den Eingangsportalen des Landtags weisen darauf hin, daß nur Abgeordnete und Personen die mit Ausweis für das Betreten des Hauses und mit Zutrittskarten versehen sind, Zutritt finden können. Auch in der Halle ist eine Wache postiert.

Sitzungsbericht.

Bei Eröffnung der Beratungen sind die Tribünen schwach besetzt. Die Abgeordnetenbank dagegen gut besetzt.

Abg. Bied (Komm.) protestiert gegen die polizeilichen Absicherungen und beantragt, die Sitzung zu vertagen, bis die Polizei draußen und drinnen zurückgezogen sei. Ferner plädiert er für Auflösung des Landtages, da die kommunistischen Abgeordneten im Hause auf Schritt und Tritt von Kriminalbeamten verfolgt würden.

Präsident Bartels erklärt die Ausführungen Bieds für übertrieben. Es seien nur Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung durchzuführen.

Die kommunistischen Abgg. Schwenk, Bartels u. a. stellen nacheinander mehrere Verschiebungsvorschläge, die aber ohne Erfolg bleiben. Abg. Dösch (Komm.) verlangt die Herabsetzung des Ministerpräsidenten Braun. Eine Stunde vergeht mit den resultatlosen Anträgen der Kommunisten, dann beginnt die sachliche Beratung der

Vergleichsvorlage.

Als erster Redner spricht Abg. Grube. Als er den Sozialdemokraten einen Hundebarkart vorwarf, erhielt er einen Ordnungsruf, als er die Parteien des Hohenzollernvergleichs Räuber schimpfte, den zweiten. Der kommunistische Bied beantragte, die Rede Grubes durch Säulenanschlag bekanntzumachen. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Wulle (Dösch) gab eine Erklärung ab, in der es heißt: Wir glauben nicht, daß der vorliegende Vergleich dem Rechte des Hauses Hohenzollern völlig genügt. Da aber das Haus Hohenzollern diesem Vergleich mit dem Preussischen Staat zugestimmt hat, für beide Teile also eine neue Rechtsgrundlage geschaffen ist, werden auch wir der Regierungsvorlage zustimmen.

Der Kommunist Bartels-Arkfeld sprach von Hohenzollernhathunden und wurde dafür zweimal vom Vizepräsidenten Garnich zur Ordnung gerufen. Erneut bleiben eine Anzahl von Obstruktionsanträgen der Kommunisten ohne Erfolg.

Stürmische Unterbrechung.

Abg. Rusche (Dem.) spricht für den vorliegenden Vergleich, der nach dem Verfassen aller übrigen Möglichkeiten, auch des Volkenscheidens, als einziger Weg übriggeblieben sei. Der Redner sagte weiter: „Wenn es nach mir ginge, würde der vormalige König nicht in Holland zu wohnen haben, sondern hier im Lande unter der ständigen Aufsicht eines energischen preussischen Innenministers.“

Bei den weiteren Ausführungen Rusches kam es zu derartigen Unterbrechungen durch die Kommunisten, daß Präsident Bartels mit strengsten Maßnahmen drohen mußte. Der Redner kennzeichnete zum Schluß den Hohenzollernvergleich als ein Teilschuld der großen inneren und äußeren Verstrickungspolitik.

Demission des österreichischen Kabinetts.

Wien, 15. Oktober. Wenige Minuten nach 6 Uhr abends trat ein Ministerrat zusammen, der die Demission des Gesamtkabinetts beschloß. Um 6,30 Uhr begab sich der Kanzler zum Bundespräsidenten, um ihm den Rücktritt der Regierung mitzuteilen. Der unerwartete Rücktritt der Regierung ist auf einen Beschluß der Beamten zurückzuführen. Die Regierung hatte den Beamtenvertretern gestern als letztes Angebot eine Gehaltserhöhung von 12,5 Prozent in Vorschlag gebracht. Dieses Angebot wurde abgelehnt. Der Kanzler erklärte, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Volkswirtschaft nicht in der Lage sei, über dieses Angebot hinauszugehen. Es kam zu einer neuen Besprechung der Beamtenorganisationen, die nachmittags abermals beim Kanzler erschienen und ihm mitteilten, daß sie unter diesen Umständen auf ihrem Streikbeschuß beharren müßten und morgen mittag 12 Uhr mit dem Streik einsehen werden. Der Kanzler teilte den Beamten mit, daß die Regierung unter diesen Umständen ihre Demission erklären werde. Ob es angesichts des Rücktrittes zur Durchführung des Streikes kommen wird, ist vorläufig noch fraglich.

Noch keine Entscheidung über Dörmüller.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.
Berlin, 15. Oktober. Das Reichskabinett hat sich heute abschließend mit der Angelegenheit der Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Generaldirektors der Reichsbahn Dr. Dörmüller zum Generaldirektor der Reichsbahn beschäftigt. Es prüfte den in Vorschlag gebrachten Entwurf einer Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahn. Die Stellungnahme des Verwaltungsrates der Reichsbahn soll morgen erfolgen. Je nach dem Ausfall dieser Stellungnahme wird das Reichskabinett seinen Vorschlag dem Herrn Reichspräsidenten unterbreiten.

Finanzminister Dr. Höpfer-Abschiff

sprach besonders über die Auslegung des Wohnungsbrechtes für den ehemaligen König (§ 7). Er wies auf § 23 des Republikstiftungsgesetzes hin, wonach den Mitgliedern der ehemaligen Fürstlichen Familien der Aufenthalt in Deutschland verweigert oder beschränkt werden kann, wenn Staatsinteressen das erforderlich machen. Diese Bestimmung sei auch heute noch geltendes Recht.

Annahme der Paragraphen 1 und 2.

Nach erregten geschäftsordnungsmäßigen Auseinandersetzungen wurde in der Einzelberatung § 1 in einfacher Abstimmung angenommen. Dagegen stimmten die Kommunisten, die Sozialdemokraten enthielten sich der Abstimmung. § 2 der Gesetzesvorlage wurde mit 251 gegen 36 Stimmen bei 84 Enthaltungen angenommen.

Angenommen wird ferner der § 3 mit 242 gegen 36 Stimmen bei 60 Enthaltungen.

Während der Präsident das Ergebnis feststellt, entsteht zwischen einigen Kommunisten und Sozialdemokraten ein Streit. Eine Schlägerei wird durch den Abg. Bied (Komm.) verhindert. Andere Kommunisten rufen: „Die Haselnuten wollen bloß eine Schlägerei provozieren!“

Beim § 4, der die Kroninsidelenkommission mit dem 1. Januar 1919 fortfallen läßt, wird in namentlicher Abstimmung ein kommunistischer Antrag mit 244 gegen 37 Stimmen bei 62 Enthaltungen abgelehnt, wonach die Hohenzollern verpflichtet werden sollten, alle seit dem November 1918 erhaltenen finanziellen Zuwendungen, Geldbeiträge wie Sachwerte, zurückzugeben.

Die Schlußabstimmung.

Berlin, 15. Oktober. Nach der vorläufigen Feststellung wurde bei der Schlußabstimmung über den Hohenzollernvergleich 258 Stimmen mit Ja und 37 Stimmen mit Nein abgegeben. 65 Zettel lauteten auf Stimmenthaltung.

Die Abstimmungsergebnisse im preussischen Landtag.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 15. Oktober. Nachdem der kommunistische Mißtrauensantrag gegen das gesamte Staatsministerium abgelehnt war, wurde über die einzelnen Mißtrauensanträge gegen die betreffenden Minister abgestimmt. Abgelehnt wurde das Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten mit 201 gegen 52 Stimmen bei 82 Enthaltungen, das gegen den Finanzminister mit 206 gegen 39 Stimmen bei 140 Enthaltungen, das gegen den neuen Innenminister Grzesinski mit 206 gegen 114 Stimmen der Deutschnationalen, der Volkslichen und Kommunisten bei 35 Enthaltungen der Deutschen Volkspartei, das gegen den Handelsminister mit 203 gegen 45 Stimmen bei 44 Enthaltungen, das gegen den Landwirtschaftsminister mit 213 gegen 38 Stimmen bei 40 Enthaltungen. Das Mißtrauensvotum gegen den Wohlfahrtsminister wurde mit 205 gegen 44 Stimmen bei 38 Enthaltungen abgelehnt, das gegen den Justizminister mit 204 gegen 43 Stimmen bei 29 Enthaltungen und das gegen den Kultusminister schließlich mit 205 gegen 48 Stimmen bei 30 Enthaltungen. Nachdem die kommunistischen Mißtrauensanträge abgelehnt waren, erledigte das Haus noch einige kleinere Vorlagen und verlagte sich auf Mittwoch den 3. November 1 Uhr nachmittags. Nachdem der Präsident die Sitzung für geschlossen erklärte hatte, rief der kommunistische Abgeordnete Bied unter dem Beifall seiner Freunde und dem Gelächter der Rechten ins Haus: Nieder mit dem Hohenzollernhandvertrag!

Grammophonkonzert im steirischen Landtag

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Gratz, 15. Oktober. Nachdem schon in den letzten Tagen die Verhandlungen im steirischen Landtag wegen der sozialdemokratischen Obstruktion unmöglich waren, kam es heute zu ganz tollen Szenen. Kaum hatte der Vorsitzende die Sitzung eröffnet, als sofort der Lärm begann. Die Sozialdemokraten hatten wieder eine große Anzahl von Musikinstrumenten, Autophonen und anderes, sogar ein Grammophon mitgebracht. Das Konzert setzte sofort ein. Auf dem Grammophon, das ein sozialdemokratischer Abgeordneter bediente, wurde ein stotter Marsch gespielt. Als hierauf das Grammophon einen Walzer spielte, rief ein sozialdemokratischer Abgeordneter in den Saal: „Meine Herren, bitte Damenwahl!“ Nach Unterbrechung der Sitzung stellte sich bei ihrer Wiedereröffnung heraus, daß die Sozialdemokraten noch ein zweites Grammophon mitgebracht hatten. Das Konzert wurde außerdem noch durch Kubloden verstärkt. In den späten Abendstunden dauerte die Sitzung bzw. das Konzert noch an.